

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 485 Jahrgang 212

Bezugspreis: für Briefe und ansonsten monatlich 2,00, vierteljährlich 5,00, halbjährlich 9,00, jährlich 16,00, durch die Post bezogen monatlich 2,00, vierteljährlich 5,00, halbjährlich 9,00, jährlich 16,00. **Abend-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die 7. Spalte 30 mm breite mm-Druckzeitung 20 ct. Die 8. Spalte 30 mm breite mm-Druckzeitung 60 ct. **Geldstärke Berlin:** Berliner Str. 30, Fernruf Amt Kurwürd. Nr. 6390. **Geldstärke Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 2801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610. — Postbezugsstelle: Leipzig 1919, Mittwoch, 1. Oktober

Neueste Tagesnachrichten

* Bei den Verhandlungen zwischen dem Reich, Preußen und den Oberpfälzern ist eine Einigung über Bildung einer selbständigen Provinz Oberpfalz erzielt worden.
* Russische Truppen haben in Kurland die Sicherung gegen Riga übernommen und die Deutschen abgelöst.
* Graf Berchtold befindet sich in einem Artikel in der „Zürcher Zeitung“ gegen die gegen ihn von der österreichischen Regierung erhobenen Beschuldigungen. Er rügt darin alle Schuld auf die deutsche Regierung zu schieben.
* In Jugoslawien macht sich eine Gegenbewegung gegen Fiume bemerkbar.

Ein Sturz Clemenceaus?

Eigene Drahtmeldung der „S.“
×× Genf, 1. Oktober.
Dem Kabinett Clemenceau droht, wenn man der „Sicerts“ glauben schenken darf, eine neue Gefahr. Ieder die Notwendigkeit der Ratifikation des Friedensvertrages ist man sich gütlich allgemein einig. Man will jedoch alsbald den Sturz Clemenceaus und die Bildung eines Ministeriums der „großen republikanischen Konzentration“ herbeiführen. Man nennt Léon Bourgeois als Ministerpräsidenten, der durch seine im Jahre 1906 eine Reihe von Persönlichkeiten wie Batain, Viviani, Briand, Demergue u. a. um sich zu vereinigen, natürlich unter Teilnahme der unzufriedenen Sozialisten. Auch in den Wandelgängen der Kammer ist von einem bevorstehenden Rücktritt Clemenceaus die Rede, doch spricht man dort auch davon, daß Clemenceau alsbald nach den Wahlen freiwillig zurücktreten werde. Das hat man auch schon früher erzählt, aber man fügt jetzt hinzu, daß Clemenceau wie einst Roussieu tat, selbst seinen Nachfolger bezeichnen will und zwar für es Viviani. Nach seinem Rücktritt wolle er gemeinsam mit Marxjaffé noch eine Reihe nach den Vereinigten Staaten unternehmen.

Die polnische Angst um Danzig

Eigene Drahtmeldung der „S.“
Genf, 1. Oktober.
Die Warschauer „Gazeta Polska“ behauptet, führende Kreise dafür zu sein, daß Deutschland entschlossen sei, die Konsequenzen aus der Aktion d'Annunzio zu ziehen und einen Handstreich auf Danzig vorzubereiten.
Das ist nichts als Angst. Die Polen kennen die Zeremonie, die jetzt im Osten aufgeführt werden ist und deshalb fürchten sie den Ausbruch des deutschen Volkswillens. Er kommt! Das heißt ist aber keine Gefahr und die Warschauer Meldung weiter nichts als polnische Neugierde.
* **Wirtschafts-Nachrichten, 1. Oktober.**
Der Verkauf „Eggs“ erfuhr aus Warschau.
Das Zusammenstoß mit dem Illustrierten des Reichs-Verkehrsministeriums, das mit dem Generalrat droht, wenn der Krieg im Osten nicht bis 1. Oktober beendet ist, drohen auch die Warschauer Volkswirtschaften, die Behälter der Straßenbahn und der Gas- und Elektrizitätswerke mit dem Streit, wenn ihre Forderungen nicht bis zum 1. Oktober erfüllt seien. Der Reichsminister fügt hinzu: Die Regierung hat Beweise, daß schon längere Zeit hindurch die Kommunisten unter Führung der russischen Volkswirtschaftler in Polen darauf hinarbeiten, um im ganzen Lande eine Revolution heraufzubekommen. Die Behörden verfügen für den 1. Oktober strenge Militärbeschränkungen. Die Regierung ist fest entschlossen, sich bei Verletzung dieser Bewegung der härtesten Mittel zu bedienen.

Gegen Fiume!

Ausdruck der Gegenbewegung.
+ Wien, 1. Oktober.
Aus Triest wird gemeldet: Es haben sich hier Tausende Freiwillige aus allen Gegenden Jugoslawiens, besonders aus Bosnien und Dalmatien, gemeldet, die von der Regierung Waffen fordern, um gegen Fiume zu ziehen und d'Annunzio aus der Stadt zu vertreiben. Die Bewegung hat großen Umfang angenommen. Die Haltung der Regierung, die den Freiwilligen Waffen verweigert, ruf großen Unmut hervor.

Provinz Oberschlesien

Berlin, 1. Oktober.
Die Verhandlungen, die Dienstag nachmittag im Abgeordnetenhaus zwischen dem Reichsminister, dem preussischen Ministerpräsidenten und den oberpfälzischen Vertretern stattfanden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die sofortige Bildung einer selbständigen Provinz Oberschlesien als gesichert angenommen werden kann. Die kommunalen Auseinandersetzungen sollen bis auf weiteres hinausgeschoben werden. Die an den Verhandlungen beteiligten Mitglieder der Zentrumspartei haben sich mit diesem Ergebnis begnügt und die Erklärung abgegeben, daß sie alle weitestgehenden Wünsche zurücklassen wollen.
Amlich wird über das Ergebnis der Verhandlungen berichtet: Dem Reichsminister Ministerpräsidenten, Minister des Innern. Seine Erklärung, sich im Namen der preussischen

Rechtsregierung damit einverstanden, daß dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Oppeln, Geh. Justizrat Ritter sofort die Geschäfte des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien übertragen werden. Der neue Oberpräsident wird jedoch nach Annahme des Gesetzes über die Erziehung der Provinz Oberschlesien durch die preussische Landesversammlung die politischen Funktionen seines Amtes übernehmen, während die kommunale Verwaltung der neuen Provinz erst mit dem 1. April 1920 förmlich übergeben werden soll. Dem Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien solle ein Beirat zur Seite gestellt werden.
Nach längerer Aussprache gab Reichspräsident Dr. Brüning im Namen der Zentrumspartei der preussischen Landesregierung folgende Erklärung ab: „Was über das Sozial-Oberschlesien durch die Abstimmung endgültig entschieden wird, stellt sich die Abstimmung der preussischen Landesversammlung auf folgenden Standpunkt und fordert ihre Zustimmungsgenossen auf, bis dahin denselben Standpunkt einzunehmen:
1. Das Zentrum ist mit der Provinzial-Autonomie zufrieden.
2. In dem Gesetz über die Provinzial-Autonomie befindet sich das Zentrum keine Vorbehalte gegenüber dem neuen Provinzgesetz.
3. Eine etwaige Propaganda für staatliche Autonomie wird bis dahin eingestellt.
Reichsminister des Auswärtigen Müller gab danach seiner Freude über die erfolgte Einigung Ausdruck und über die Zukunft, daß der Streit über Oberschlesien nun ruhen würde. Der Ministerpräsident Dr. Brüning gab die Versicherung, daß in dem zu bildenden Beirat auch ein Mitglied der Deutschen Nationalen Volkspartei vertreten sein soll.
Zum Schluß wies Ministerpräsident Brüning darauf hin, daß in der Behandlung der oberpfälzischen Frage zwischen der Reichsregierung und der preussischen Landesregierung niemals hochgradige Instimmigkeiten bestanden hätten. Der Ministerpräsident forderte noch einmal auf, namentlich alle Trennende zurückzustellen und hat die Abgeordneten und die Vertreter der Presse, die Kraft auf die eine hohe Aufgabe, die der Erhaltung des Reichstums, einzusetzen.“

Der Regierungseintritt der Demokraten

Nach keine Entscheidung.
Berlin, 1. Oktober.
Die Verhandlungen wegen des Eintritts der Demokraten in die Regierung haben zu einem Ergebnis noch nicht geführt. Zunächst macht das Reichsministerium des Innern die Unterhandlung der drei Parteien nachschreiben. Ein weiteres Hindernis für den Regierungseintritt der Demokraten in die Regierung bildet, wie bereits berichtet, die Frage Erzberger. Dann stellen die Demokraten noch Forderungen auf, die sich auf rein innersache Angelegenheiten beziehen. Gestern nachmittag wurde der Bericht gemacht, eine Grundlage für Vereinbarungen zu finden. Gestern abend tagten die Reichsminister und das Zentrum und heute vormittag wird die demokratische Fraktion zusammenzutreten, um sich nochmals mit den Angelegenheiten zu befassen. Eine Entscheidung wird heute noch nicht erwartet. Dem „Vorwärts“ zufolge soll in letzter Beziehung für eine gemeinsame Regierungsbereitschaft keine Bahn geschaffen sein.

Ablösung der Kurlandtruppen durch Russen

Gefechte zwischen Letten und Nordrussen.
Minn, 20. September.
Russische Truppen haben in Kurland die Sicherung gegen Riga übernommen und die Deutschen abgelöst.
In der letzten Nacht fanden zwischen lettischen und russischen Truppen Kämpfe statt.
Minn, 20. September.
Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jagder-Regiment und eine Eskadron sind nach Deutschland abtransportiert worden.

Berchtold sucht sich rein zu waschen

3. Reich, 1. Oktober.
Graf Berchtold veröffentlicht in der „Zürcher Zeitung“ eine ausführliche Antwort auf die Wiener Entschuldigungen. Er versucht darzulegen, daß er unter dem Einfluß der feinerzeitigen Entschuldigungen der Reichsregierung gehandelt habe, welcher Erklärung Berlin erwiderte eine Mitteilung senden. Berchtold beweist die Unrichtigkeit des deutschen Reichsbüchens, wenn behauptet wird, Reichsminister habe ohne Berliner Auftrag gehandelt.

Die Stärke der Reichswehr

Berlin, 30. September.
Zur Haushaltsausführung der Nationalversammlung erklärte der Reichswehrminister, daß die beabsichtigte Vergrößerung der Heeresausgaben nicht hätte eintreten können im Hinblick auf die Vorränge im Osten. Somit einen Abbau einleiten zu lassen, müßten dortin mehr Leute gefordert werden, um die beimatischen Gebiete gegen Einfälle von Bolschewiken zu sichern. Die Sparmaßnahmen in Anbetracht der obenstehenden Forderungen ebenfalls ein starkes Aufgeben an Reichswehr. Die Ruhe sei durch denselben wiederhergestellt. Die Rohstoffförderung sei im Steigen. Der Minister ging dann auf das Verhältnis in Anhalt ein und gab der Hoffnung Raum, daß die zurückgerufenen Mannschaften auch im Hinblick auf die getroffenen Maßnahmen (Wohnungsersatz, Verlust der Ver-

losgungsanträge) den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und zurückkehren würden. Wie die in russische Dienste übergetretenen Mannschaften zurückgezogen werden könnten, dafür wisse er noch keinen Weg. Bei den Heeresposten seien noch Ausgaben für die zur Entlassung kommenden zahlreichen Soldaten und Gefangenen eingeleistet. Die Stärke der Reichswehr belaufe sich zurzeit auf rund 400 000 Mann. Die Bestände seien aber stark im Schwanken, da die Werbung seit anderthalb Monaten unterlag. Viele der Soldaten seien ausgedient, wenn die Arbeitslosigkeit gefunden hätten. Er werde sich täglich die Anwerbung wieder in Aussicht nehmen müssen.

Wir haben's ja!

Die Deutsche Nationalversammlung war gestern, am 30. September, zum ersten Male im entlasteten Reichstage in Berlin, ihrer eigentlichen Tagungstätte, zusammengetreten. Erledigt wurde in allen drei Sessungen der neue Etat, und dann begann die Debatte über das Amtsenthebungs-gesetz. Es wird nicht zu bezweifeln sein, daß die beiden Gegenstände so wichtig waren, um nicht einen Tag Aufschiebung zu erlauben. Der deutsche Bürger wird sich also wundern fragen — sofern er sich das überhaupt nicht — warum denn die Nationalversammlung ausgerechnet am 30. September, dem letzten Tage des alten Monats, und nicht am 1. Oktober, einberufen worden ist. Ein jauchender Grund hierfür lag tatsächlich nicht vor. Statt dessen aber gab es einen durchschlagenden — anderen Grund! Wenn nämlich die erste Sitzung der Nationalversammlung erst am 1. Oktober stattgefunden hätte, dann würden die Herren Volksvertreter keinen Ansporn auf die 1000 Mark Entschädigung für den Monat September gehabt haben. „Markt“ zu etwas braver Bürger? Durch die Ratifikation, daß die Nationalversammlung noch am letzten Monatsstage auf ein paar Stunden zusammentrat, hat das Reich etwa 300 000 Mark mehr zahlen müssen, als es zahlen gehabt hätte, wenn das Parlament erst am 1. Oktober zusammengetreten wäre. Denn mindestens dreihundert Abgeordnete, die keinen Ansporn angehen, demzufolge auch parlamentarisch im September nichts getan haben, hätten für den September keine Entschädigung erhalten, wenn die erste Sitzung auf den 1. Oktober gefallen wäre. Aber die sozialistisch-demokratische Regierungsmehrheit, die durch die neue parlamentarische Reichsversammlung veranlaßt wird, hatte eben beschlossen, auch noch im September einige Stunden beisammen zu sitzen. Sie ist ja der „Souverän“ des deutschen Volkes und Reiches! Und für diesen „Souverän“ lag kein Grund vor, die 300 000 Mark dem Reiche zu sparen. Wozu auch? Wir haben's ja und schwimmen förmlich im (Papier-) Geld! Als die Nationalversammlung am Schluß ihrer Weimarer Tagung dem dortigen Nationaltheater für seine Gastfreundschaft 300 000 Mark aus der Reichskasse spendete, wurden im Volksmunde Bedenken laut, ob die finanzielle Lage des Reiches, die damals damals schon eingestiegen war, überleben konnte. „Souverän“ solche Freigebigkeit getraut. Zusammen waren dies 300 000 Mark der Kunst gewidmet, also der Allgemeinheit, niemand aber wird behaupten können, daß auch die mindestens 300 000 Mark, welche für den Monat September an Dänen für die Herren Volksvertreter ausgegeben wurden, ebenfalls der Allgemeinheit zugute gekommen wären. Da man nach einem alten deutschen Sprichwort immer zuerst für das Notwendige, und sodann erst für das Angenehme sorgen soll, hätten auch die der Weimarer Kunst spendenden 300 000 Mark recht gut geklärt werden können, und zusammen mit der überflüssigen Ausgabe für den Monat September würde sich mindestens die Summe von 600 000 Mark, also mehr als einer halben Million, ergeben haben, die für bessere Zwecke hätte Verwendung finden können. Weisheitsweise auf Unternehmungen für notleidende Kriegsinvaliden oder ähnliche Taten der praktischen Sozialpolitik. Die geistige Sitzung der Nationalversammlung dauerte von 3 Uhr 20 Minuten nachmittags bis 6 Uhr 15 Minuten abends. Für diese ganzen drei Stunden 5 Minuten bewilligten sich die parlamentarischen Schwärzwerker die kleine „Entschädigung“ von 1000 Mark pro Berlin. Auch eine Art praktischer Sozialpolitik, die dies Berchtold an herzoglicher Stelle wohl doch beitragen würde, die einzigen Streiks der Sozialdemokratie einzudämmen und zu verhindern, daß die „unbeschreiblich idiosyncrasische und grobartige Revolution“ in einen wüsten Lohnkampf ausartet? h. b.
* „Unbeschreiblich idiosyncrasisch und grobartig“ wäre die deutsche Revolution gewesen, wenn die großen Massen wirklich sozial und sozialistisch gefühllos geblieben hätten, statt nun für sich selbst möglichst viel herauszufragen zu wollen. Die Bundesrat und Reichstag war die Revolution nur eine Selbstverständlichkeit zum Zeichen. Das macht die entscheidenden Menschen laßig, und jetzt sie wieder dem alten Meier. (Aus der Rede Rotes, die er am vergangenen Sonntag vor den Reichstagsmitgliedern der Berliner Sozialdemokraten gehalten hat.)

Volkswirtschaft

Wird auf ein mit einem * versehenen Original-Wort und Original-Bildungen des Volkswirtschaftlichen Lexikons nur ein genaues Druckvermerk „beide Zeitung“ gesetzt

Eine Valutenatschrift

Die katastrophale Wirkung der Revolution

Der Reichsfinanzminister hat der Nationalversammlung eine Schrift zur Vorlesung überreicht. In ihr wird die Einwirkung der Valutenatschritte im Kriege, während der Revolution und nach der Revolution geschildert und die frühesten Gegenmaßnahmen dargestellt. Irgendwie die neuen Maßnahmen zur Deutung der Valuta heißt es dann: Das erste große Mittel zur Bekämpfung der Valutenatschritte, das bewirkt helfen kann, lautet: in neue Münzen, in neue Ordnung, unermüdete, geregelte Arbeit, strenge Sparsamkeit auf allen Gebieten. Die Maßnahme erweist im Augenblick leider unmöglich. Es muß zu Teils- und Verlösmassnahmen greifen werden. Angestrebt wird die bessere Regelung der Einnahmen und Ausgaben nach den Bedürfnissen unseres Landes. Insbesondere die Wiederherstellung der Solvenz im Westen, deren Wiederherstellung eine Einwirkung auf den Osten haben wird, und unsere Valuta in gleichem Maße gelockert hat wie die innere Valutenatschritte zur Erklärung der Grenze hin einseitig. Mit der Wiederherstellung der Solvenz muß auch die Solvenz gegenüber Frankreich und Belgien (insbesondere des Goldes) durch Frankreich und Belgien (insbesondere den Gold) aus den übrigen Grenzen. Die Verzichtnahme unserer Ausfuhrerlöse muß auf die heutige Epoche zum Teil sein zurückgeführt, sondern infolge der Wertberichtigung der ausländischen Valuta ein Verlust ist, der die Bekämpfung der inneren Valutenatschritte als bestehende Gefahr erscheinen läßt. Unbedingt erforderlich ist es, daß Finanzminister die Aufgabe der Bekämpfung der Valutenatschritte im Reich und im Ausland ist zu empfehlen und die Möglichkeit einer internationalen Konferenz zu prüfen, die insbesondere die Frage einer großen internationalen Anleihe, die Bekämpfung der Valutenatschritte, zu lösen muß. Wichtig ist weiter die Regelung der Schwelenden und die Einführung neuer Valutenatschritte. Es muß gelingen, Anleihe auf Kredit zu erhalten. Dazu gehört aber, daß das Bekämpfung der Valutenatschritte im Ausland ist zu empfehlen und die Möglichkeit einer internationalen Konferenz zu prüfen, die insbesondere die Frage einer großen internationalen Anleihe, die Bekämpfung der Valutenatschritte, zu lösen muß. Wichtig ist weiter die Regelung der Schwelenden und die Einführung neuer Valutenatschritte. Es muß gelingen, Anleihe auf Kredit zu erhalten. Dazu gehört aber, daß das Bekämpfung der Valutenatschritte im Ausland ist zu empfehlen und die Möglichkeit einer internationalen Konferenz zu prüfen, die insbesondere die Frage einer großen internationalen Anleihe, die Bekämpfung der Valutenatschritte, zu lösen muß.

In der letzten Woche verlebte, Wilhelm Keilen einer durchschlagenden langen Zeit drangen die in dem Hofraum, erbrachen den Scherenschnitt, schloßten den ganzen Bestand von 16 alten Fühnern und 24 jungen ab und verpackten unter Aufschluß eines jedenfalls verlorengangenen Dufches im Dunkel wieder. Mittelst Polizeibehörden hat man die Verfolgung der Tiere aufgenommen.

— Was dem Saalfrucht, 20. Sept. (Die Arbeitsaufsätze der Auerfabriken), welche sonst in der Regel Ende September oder Anfang Oktober zu beginnen pflegen, werden in diesem Jahre zeitlich etwas weiter hinausgeschoben. Die Ursache liegt in dem verpöbten Beginn der Abnehmer. Bei der ungewohnten Bedenkenfertigkeit des Abnehmers äußert sich eine gewisse Scheuerlichkeit. Man hat sich ein durchdringender Regen festlich erwidert, zur Erleichterung der Arbeiten und vollen Einnahme der Wurzelfrüchte, da sonst ein großer Teil der letzteren abreißen und im Boden verbleiben würde. Die Arbeit selbst findet hinter den Erwartungen zurück, da bei dem Mangel an der nötigen Feuchtigkeit auch die Entwicklung zurückgefallen ist. Auch der Straumwuchs läßt zu wünschen übrig, so daß es leider auch an Futter mangelt wird, und zwar sowohl bei der Grünschnittfütterung als auch bei der Einzufütterung.

— Einleitend, 20. Sept. (Waldfrucht-Erfahrungen) Im Marienfelder Forst ließ ein Förster aus Marienfeld mit einem Waldfrucht aufnehmen. Dem wiederholten Anruf, seine Forste, so finden und das Gewerbe weiterzuführen, leitete er seine Forste, sondern folgte der Forderung. Der Förster hat darauf einen Antrag gestellt, der eine höhere Vergütung nach sich zog, an deren Forderung er bereits erliegen ist.

1. Ostern, 30. Sept. (Nach Landrat von Chemnitz) Landrat von Chemnitz tritt einen sechsmonatigen Urlaub ein und wird wahrscheinlich auf seinen Posten nicht wieder zurückkehren. Mit seiner Vertretung ist der Kreisdeputierte Bürgermeister Strickland beauftragt worden.

In der morgigen Ausgabe beginnen wir mit unserer neuen Erzählung:

„Die beiden Hildebrand“

Noman von Heinrich Liaden.

Der Verfasser führt uns anfangs an den Rhein, unseren herrlichen, hübschen, aber auch heimgeschickten Rhein! Es ist Sommer. Die Welt steht im schönsten Blütenkorn, und über all dort bracht nicht die goldene Sonne im goldenen Regen, und vor in der Natur alles hell und recht wie in malerischen Glanz. So herrscht auch in den Herzen der Menschen eitel Freude und Lust. Zunächst lernen wir die Tischlerknechte kennen, die beiden Hildebrand, Vater und Sohn, beide Säuger der Kunst (Bildhauer und Maler), berrneme, aufrechte Charaktere, von liebeswürdigem, edlem Wesen. Wie ein goldener Faden zieht durch den ganzen Noman dies leidende Beispiel innigen Verlebens, eider, selbstloser Liebe, welche die beiden Männer umschließt. Die Sprache, die hier der Verfasser spricht, ist einfach und echt; es sind warm empfundene Worte, die von Herzen kommen und zu Herzen sprechen. Am schmerzlichen Gegenstand auf beiden Seiten des Menschen tritt mit der dritten Hauptperson des Noman, dem Maler Peter Wälfkin, ein Dämon auf, ein Dämon, der die menschlichen Gesellschaft, der nur ein Dämon kennt, einer Macht sich beugt, dem „Geld“, und dem Weg recht, auch der jahrelanger Erpressung, um Ziele zu kommen. Durch eine Verletzung seltsamer Umstände kommen die beiden Hildebrand in den Verdacht, den Mord an diesem Feind der Gesellschaft begangen zu haben.

Die Geschehnisse sind jedoch geklärt und stehen in der greifbaren Anschaulichkeit ihrer Darstellung von Anfang bis Ende.

R. Debus, 1. Oktober. (Die Robbenfänger) Die Arbeiter der Werft-Anstalten des Robbenfänger-Gesellschaft haben die Arbeit, an einem der nächsten Sonntage nach den bei Vitzfeld getretenen Raubfischereien zu setzen, um für sich selbst Arbeit zu fördern, um so der drückenden Sorge für den Winter entgegen zu treten. Durch die von den Werft-Anstalten der „Famag“ mit den Grubenverwaltungen, die hauptsächlich bald zum Abschluss kommen werden. Die Transportfrage bereitet keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, da die Kraftverkehrs-Gesellschaft Zocher-Anhalt, die mit staatlichen Mitteln subventioniert wird, sich bereit erklärt, die erforderlichen Kohlen von Vitzfeld nach Debus zu liefern.

— Was die Gera, 1. Okt. (Neuzeitliche Sozialisten gegen die sozialistische Landesregierung.) Einigen gegen den sonstigen Grund der beiden sozialistischen Parteien, dem Vorgehen der Landesregierung, ist die Landesregierung zu überlassen hat sich die mehrheitlich sozialistische Landtags-Delegation in einem interessanten Fall sehr gegen die ungenügende sozialistische Landesregierung Stellung genommen gegenüber der „Landtags-Delegation“. Es handelt sich um den bekannten Fall des Oberpräsidenten Fischer in Anhalt. Die soziale Sozialisten-Delegation hat, nachdem sie sich einmal durch eine ganz einseitig geführte außerparlamentarische Unterredung gelungen war, einen Schein des Rechts für ihren gegenwärtigen Eingriff in die Tätigkeit des Thüringer Frauenvereins in Anhalt zu bekommen, versucht, in der unabhängigen Presse unangelegentlich Beschwörungen gegen die soziale Sozialisten zu erheben, um so die Verhältnisse zu verfestigen. Der Vorstand der Anhalt-Delegation aber die aus der Luft gegriffenen Behauptungen in so überzeugender Weise, daß sogar die mehrheitlich sozialistische Zeitung „Anhalt“, die sonst gewöhnlich dem Reich der Sozialisten ist, die Beschwörungen nicht mitgetragen hat, sondern die Wahrheit in der Sache erhellte. So ist die moralische Gerichte. Wie jetzt hat sich die Regierung noch nicht bezogen gefügt, auf dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, da sie ganz genau weiß, was für eine Rolle sie bei einer Gerichtsverhandlung spielen würde.

— Was die Gera, 30. Sept. (Einführung der Glasindustrie.) Wie die Glasindustrie auf den Verkauf und Herstellung bekannt gibt, Regen Beweise vor, daß durch Vermittlung der Gera- und Material für die Verteilung von Menschen- und Puppenanlagen angefaßt wird und damit eine Verleumdung der Glasindustrie im Anhalt-Bezirk geschehen ist. Die Gera-Delegation hat darauf ein, daß ein Mitglied dieser Verleumdung die Anhalt auf alle Fälle verhindert werden muß.

— Was die Gera, 30. Sept. (Durch Großfeuer) wurde gestern die ungefähr 600 Meter vom Dorf Großbriet entfernt liegende Holzfabrik des Rittergutsbesitzers Wälfkin mit allen ihren zehnen Gebäuden vollständig zerstört. Es sind dem Brande ungefähr 4000 T. Getreide, 4 Kühen ausgebrochenes Getreide, das heute auf Bahnhof Artern verladen werden sollte, ungeweure Mengen Hülbenmehl und Speisehafein, ferner der Doppelapparat und viele andere landwirtschaftliche Geräte zum Opfer gefallen. Es sind fünf Menschen verletzt.

— Was die Gera, 30. Sept. (Einem Frachtbrieffschreiber) Die Briefe und die Hülbenmehl-Verleumdung zum Opfer gefallen. Die Briefe auf Befürwortung einiger Mittelklassen in Wälfkin für 100 000 M. Kaufpreis für einen Waagen des Gera-Bezirks laut „Wälfkin“ als verloren gelten. Als Vorkaufteiger an dieser Angelegenheit wurde der in der Sonneberger Straße wohnhafte M. Outzeit beauftragt.

Aus dem Gerichtssaal

— In der Sitzung am 29. und 30. September wurde gegen den Schiedsrichter Böhm wegen Mordes verhandelt. Der Angeklagte ist 1891 geboren, er hat bei den Illanen in Javern gedient und sich hier 1911 aus Furcht vor einer Verhaftung wegen Diebstahls in selbstmörderischer Absicht mit einem Karabiner in den Mund geschossen; zwei Jahre später erlitt er einen Unfall und seit dieser Zeit leidet er seiner Angelegenheiten häufig an Kopfschmerzen. Die Anklage legt ihm zur Last, daß er am 14. November 1918 die Ehefrau Ida Trensch, geborene Wolf, vorzüglich und mit Überlegung getötet habe, was der Angeklagte aber bestritt. Der Angeklagte hat die Getötete im Jahre 1918 kennen gelernt und ist damit 1918 zu gut gegangen. Wie er behauptet, hat er zuerst nicht gefaßt, daß die Trensch verheiratet war; er will es erst später erfahren haben. Die Trensch lebte fünf Jahre von ihrem Manne getrennt, weil er krank war, und sie aus diesem Grunde hoffte, einmal eine Scheidung herbeizuführen und sich dann mit Böhm verheiraten zu können. Der Angeklagte lebte mit ihr in dauernder widerliche Ehe. Die beiden waren nach übereinstimmendem Zeugnis arbeitsam und sparsam, so daß die Trensch für den Angeklagten im Laufe der Zeit hatte gegen 500 M. anspargeln können. Sie vertraute sich auch gut, bis die Trensch erkrankte. Der Angeklagte, der die Trensch, der Ende 1918 zum Kreisverwalter ernannt, aber als Postamtier in Schiefen beschäftigt wurde, dort zu einer Waise in nähere Beziehungen getreten war. Sie machte ihm Vorkantungen und verlangte Abbruch der Beziehungen, die der Angeklagte aber nicht glauben wollte zu können, weil die Waise ihm inwieweit mittelbar hätte, daß ihr Verhältnis nicht ohne Folgen geblieben sei, und er sich deshalb verpflichtet fühlte, die Waise zu betreten, wie sie es auch verlangte. Im November 1918 kam Böhm in Halle ins Lazarett im „Vollspart“, wo ihn auch die Trensch und sie wieder zu bestimmen suchte, seinen Versteck mit der Waise aufzugeben. Am 14. November, dem Tage, an dem die Trensch den Tod fand, waren beide wieder zusammengetroffen und hatten sich nach der Waise gewandt, weil sie um 6 Uhr wieder im Lazarett sein mußte. Die Trensch soll ihn umgefordert haben, noch einen Spaziergang mit ihr zu machen, und sie gingen die folgenden nach der Waise zu. Einige Schritte unterhalb der Wälfkin, an der Wälfkin der Dampf, hat nur die Trensch gefunden, doch wurde ihre Leiche erst am 12. Dezember aufgefunden. Nach Angabe des Angeklagten hat die Trensch auf diesem ihrem letzten Wege wieder betreten, von der Wälfkin abzuhalten und danach sie selbst zu betreten. Der Angeklagte erzählt weiter, wie er die Trensch, die Wälfkin, gefunden. Die Trensch erklärte dort, sie fühlte einen Augenblick befreit geben und sei dann die Treppe am Anfang der Wälfkinbrücke heruntergegangen, habe hier eine Handtasche hingeworfen, während er sich einem Trupp Soldaten angeschlossen, der über die Wälfkinbrücke gekommen sei und etwa 60 Meter weit mit dem Soldaten ginge. Wie sie er nicht folgte, sei er wieder umgefallen und habe dann ein Messer gefaßt, das einen weißen Streifen auf dem Wasser schwammen, sei ins Wasser gegangen und etwa 10 Meter weit geschwommen. Weiter vermochte er nicht zu schwimmen, weil seine Hände und Fingern sich daran haken. Nach Aussage der Angeklagten hat er zwei Personen am Ufer bemerkt und geschrien, die eine könne die Wälfkin getretete Trensch sein. Der Angeklagte hat früher teilweise andere Angaben gemacht und verwirklichte sich auch in Widersprüche. Auffallend ist vor allem, daß er keinen Hülfsruf gehört haben will, während mehrere Augenzeugen des Tages kamen, festhalten, daß die etwa 10 Minuten lang ununterbrochenen geschrieenen Hülfsrufe gehört hätten und daraufhin herbeigekommen seien. Man habe ein Geräusch gehört, wie das Aufschlagen eines schweren Körpers ins Wasser, auch weiteres Schreien und Wälfkin im Wasser, die Trensch habe aber nicht gesehen, daß der Angeklagte sich im Wasser befand, sondern er habe vielmehr mit den Händen in den Tücheln ruhig unter der Brücke gelegen. Daß die Trensch selbst begangen haben könnte, halten die Geschwiffen für ganz und gar ausgeschlossen, da sie sich am Leben hina und auch sehr zu ihrer Entschlossenheit, inwieweit verlorbenen Mutter hielt. Es liegt die Annahme nahe, daß die Trensch, die Wälfkin, ins Wasser geworfen worden ist, wenn hierauf auch kein Beweis zu erbringen ist. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Zustimmung, jedoch ohne Überlegung und verlangten dem Angeklagten auch mildernde Umstände, worauf das Gericht im Wege der Verlesung antwortete, daß 10 Jahre 6 Monate 10 und 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Die Verhandlung fand am zweiten Tage abends 11 Uhr ihr Ende.

Bekanntmachung.

Der Kreisverwalter Friedrich Frohberg beauftragt, im rechten Seitengebäude seines in der Gemeinde Köthen gelegenen Grundstücks ein Schlafkammer einzurichten. Dieses Vorhaben wird gemäß §§ 16 und 17 der Reichs-Gemeindeverordnungs- und Nr. 18—20 der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 1. Mai 1904 mit dem Vermerk zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Zeichnung und Beschreibung der Anlage in meinem Geschäftsraum während der Dienststunden zur Einsicht ausliegen. Etwaige Einwendungen gegen die Anlage sind binnen 2 Wochen nach Bekanntgabe der Bekanntmachung enthaltenen Blattes ebenfalls schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzufragen. Nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden. Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird Termin auf Sonnabend, den 18. Oktober d. J., vormittags 11 Uhr in meinem Geschäftsraum anberaumt. In diesem Termine wird auch im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden. Galle, den 17. September 1919. Der Landrat des Saalkreises. Ad. Thiele.

Bekanntmachung.

Durch Verfügung des Herrn Regierungsräthens von Merseburg ist die Polizeistunde noch bis einschließlich 31. Oktober d. J. auf 11 Uhr festgesetzt worden. Galle, den 28. September 1919. Der Landrat des Saalkreises. J. B. Galle, Rechnungsrat.

Bekanntmachung.

In der Woche vom 5.—11. Oktober 1919 kommen auf die Fettmarkte Nr. 2 im Saalkreis an Speisehäuten zu Verteilung: 40 Gramm Butter und 60 Gramm Margarine an einen Verlosungsberechtigten, 100 Gramm Butter an einen Selbstverlosung. Die m. d. d. 20. September 1919. Kreisfiskus des Saalkreises. S. Dehnow. Verantwortlich: Helmuth Böttcher.

Metallwarenfabrik vorm. G. Wälfkin & Co. in Weisk. i. Th. Die Gesellschaft bringt für 1919/20 auf das höchste Aktienkapital von 14 Mill. Mark (i. V. 1 Mill. Mark) wieder 25 Prozent Dividende in Vorschlag. Der Reingewinn stellt sich nach 105 510 Mark (103 824 Mark) Abreibungen auf 323 320 Mark gegen den Vorjahre 68 000 Mark. Die Dividende von 35 000 Mark auf die neuen Gesellschaften gestellt wurde. Das Unternehmen war im abgelaufenen Betriebsjahre außerordentlich beschäftigt, was die jetzt auch vom laufenden Jahre gilt.

Engelhardt-Reuere, Alt-Obel. Der preussische Handelsminister hat nunmehr die Handelsregister des Obel. über die Erhebung des Gesellschaftskapitals auf 6 Mill. Mark erteilt. Von den neu ausgegebenen 2 Mill. Mark dienen 1 000 000 Mark zur Durchführung der Fusion mit der Sächsischen Aktien-Bierbrauerei, sowie zum Erwerb des gesamten Aktienkapitals der Sächsischen Brauerei, der Platz- und Glasfabrik von 200 000 Mark. Die restlichen 800 000 Mark junge Aktien werden zum Zwecke der Verpfändung der Betriebsanlagen gegen Verpfändung ausgegeben und den alten Aktionären im Verhältnis von 5:1 zum Kurse von 155 Prozent angeboten werden.

Die Zahlung der Ostbahn. Reichsfinanzminister Erlange hat auf eine seine Anfrage beantwortet, daß der Gehalt der Zahlung von Holz in Gold durch die Entente verpfändbar sei und die Reichsregierung gegen die Schädigung der Reichsfinanz den Einspruch erheben habe.

Proving Sachwe

Die Großhüringer Frage

Minister Seine für Preussens Verleinerung. Weimar, 20. September. Die Zahlung der Ostbahn. Reichsfinanzminister Erlange hat auf eine seine Anfrage beantwortet, daß der Gehalt der Zahlung von Holz in Gold durch die Entente verpfändbar sei und die Reichsregierung gegen die Schädigung der Reichsfinanz den Einspruch erheben habe.

Wie der meiningische Staatsfiskus bekannt gibt, hat sich der preussische Minister des Innern, Seine, bezüglich des Anfalls der thüringischen Staaten an Preussen dahin ausgesprochen, daß ein solcher in Frage kommen könne, wenn ihn die thüringischen Staaten vollzogen. Der preussische Minister erklärte ausdrücklich, daß er die Schaffung des großhüringer Staatses unter Einbeziehung des Stadt- und Landkreises Erfurt als das Zweckmäßige halte. Sein Verlehen werde es sein, die in preussischen Gebieten befindlichen Eisenbahnen zu beizugehen und den Zusammenstoß zu ermöglichen.

Nachdem alle beteiligten Staaten sich gegen die Schaffung eines Großhüringer ausgeprochen haben und einen Anlauf an Preussen bezogen, nimmt es wirklich Wunder, daß ein preussischer Minister jetzt noch für Preussens Verleinerung eintritt. Minister Seine ist als Minister die Verantwortliche in der Preussischen Sache zu kennen dürfen, befragt wurde einmal, daß der jetzigen Regierung jeglicher Sinn für den wälfkinen Zusammenstoß der Heimatgebiete, wie ihm eine lange Überlieferung fehlte, fehl. Abgesehen von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die eine solche Anleihe an Gebieten eine kleinere Schädigung erlangen.

200 000 Mark geräubt

Die Staatskasse des Rathenow Raabeburg-Rothensee mit 200 000 Mark wurde nachts von einem unbekannten Mann in Soldatenuniform geöffnet, während er den Wächter durch einen trügerischen Auftreten zu entern versuchte. Weher der juristischem Wächter, noch sonst jemand bemerkte den Diebstahl, bis Lohnauszahlungen des Besizers der Summe offenbarten. Von dem Dieb fehlt jede Spur.

g. Burgleben, 30. Sept. (Ein dreier Einbruch Diebstahl) wurde in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag

